

bdt0518 3 pl 414 dpa 4355

Gesundheit/

(Zusammenfassung 1515)

Ärzte fehlen - Experten fordern umfassende Reform =

Berlin (dpa) - Der drohende Ärzte- und Pflegemangel macht aus Expertensicht eine völlige Neuordnung des Gesundheitswesens nötig. «Die Gefahr besteht, dass die flächendeckende primärärztliche Versorgung auf Dauer nicht mehr gewährleistet werden kann», sagte der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen, Eberhard Wille, am Dienstag in Berlin. «Wir stellen mit Sorgen fest, dass es zu wenig Hausärzte gibt», sagte Ratsmitglied Ferdinand M. Gerlach. Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt (SPD) unterstützte die Reformvorschläge bei der Entgegennahme des Gutachtens 2009.

«Die Nachfrage nach Gesundheitsleistungen steigt», sagte Wille angesichts der immer zahlreicheren Älteren in Deutschland. Die Zahl der Pflegebedürftigen nehme von 2,1 Millionen auf 3,5 bis rund 4,4 Millionen im Jahr 2050 zu. «Der Anteil der Menschen, die für die Versorgung zur Verfügung stehen, schrumpft», warnte Wille zugleich. Schon heute gibt es laut Gutachter vor allem in Ostdeutschland und manchen Großstadtvierteln zu wenig Ärzte. Nötig sei künftig auch mehr und besser auf die Bedürfnisse abgestimmte Pflege, sagte die Sachverständige Adelheid Kuhlmeiy. Koordinationsmängel behindern laut Gutachten bereits heute eine optimale Versorgung.

Die Sachverständigen bemängelten zudem, dass Kinder und Ältere oft unnötig oder riskant viele Medikamente erhalten. Bei den über 65-Jährigen bekämen 35 Prozent der Männer und 40 Prozent der Frauen neun oder mehr Wirkstoffe in Dauertherapie. Nebenwirkungen seien ein Kernproblem. Zwei von drei über 65-Jährige hätten mindestens zwei chronische Krankheiten. «Trotz der steigenden Bedeutung der Mehrfacherkrankungen (...) gibt es nur sehr wenige Leitlinien, die sich auf ältere Patienten mit mehreren chronischen Erkrankungen beziehen», bemängeln die Forscher. Sie fordern die Einführung von Listen mit problematischen Mitteln.

Auch bei der Versorgung von Kindern sehen die Forscher trotz insgesamt positiver Ergebnisse Verbesserungsbedarf. So bekämen Kinder unbegründet oft Psycho-Stimulanzien sowie Antibiotika bei Infektionen mit Viren. Programme zur Gesundheitsförderung von Kindern und Jugendlichen hätten «gravierende Defizite». Den immer mehr Minderjährigen mit dem ADHS-Syndrom müsse mehr mit Therapien statt einseitig mit Arzneimitteln geholfen werden, sagte Wille. Derzeit haben bereits acht Prozent der Kinder das sogenannte «Zappelphilipp»-Syndrom. Spezielle Sprechstunden für Heranwachsende sollten erprobt werden.

Wille plädierte für ein «Zukunftskonzept». Ärzte, Kliniken und Apotheker sollten künftig stärker nach Bedarf bezahlt werden und nicht mehr nach einzelnen Diagnosen und Behandlungen. Ärzte verdienten dann nicht mehr an Kranken, sondern an Gesunden, sagte Gerlach. «Wir wünschen, dass die Patienten besser betreut werden, dass mehr Zeit für sie bereitsteht.» Schmidt sagte, altes Denken in den Einzelsektoren des Gesundheitswesens könne man sich nicht länger erlauben. «Die Analysen und Empfehlungen des Rates werden uns helfen, das Gesundheitssystem besser auf die Bedürfnisse aller Generationen auszurichten.»

dpa bw yydd.z2 as

301517 Jun 09

